

DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona

DIE LINKE: minderjährige Flüchtlinge in der Unterkunft Theodorstraße müssen angehört werden

Welche Rechte haben minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge? Seit geraumer Zeit gibt es Vorwürfe gegen den Träger der Erstversorgungseinrichtung Sternipark in der Theodorstraße in Bahrenfeld. So hatten sich dort lebende Jugendliche, die zum Großteil aus Afghanistan stammen, darüber beklagt, dass die Versorgung mit Lebensmitteln unzureichend sei, dass die Deutschkurse mangelhaft seien, dass die Einbindung in den Sozialraum unzureichend sei, weiterhin sei die medizinische und psychosoziale Betreuung ungenügend, zudem sei das Beteiligungs- und Beschwerdemanagement nur rudimentär vorhanden. Sternipark weist die Vorwürfe als unzutreffend zurück.

Am Donnerstag, 14. Dezember, wurde das Thema auf Antrag der Fraktionen von CDU und DIE LINKE und Grüne im Hauptausschuss des Bezirks Altona behandelt. Die FDP trat dem Antrag bei. In dem Antrag fordern die vier Fraktionen, darauf hinzuwirken, dass die Jugendlichen in der Erstversorgungseinrichtung Theodorstraße einen Beirat wählen, um ihre Interessen gegenüber Sternipark vertreten zu können. Dieser Beirat soll vor allen Entscheidungen der Sozialbehörde angehört werden. Weiterhin fordern die Fraktionen, dass der Beirat durch eine externe Vertretung unterstützt wird, wobei bei Bedarf auch eine/ein Dolmetscher/in hinzu gezogen wird. Außerdem fordern die Fraktionen, dass ein externes Qualitätsmanagement durchgeführt wird.

Dazu erklärt Karsten Strasser, Vorsitzender der Bezirksfraktion DIE LINKE: „Die Vorwürfe gegen die Leitung des Trägers Sternipark müssen geklärt, die Jugendlichen angehört werden. Zugleich sind jetzt schnelle Lösungen gefragt, um die unbegleiteten Flüchtlinge zu schützen. Es kann nicht sein, dass die Sozialbehörde die Vorwürfe zur Kenntnis nimmt, aber nicht eingreift.“ Karsten Strasser erinnerte zudem daran, dass bei dem Genehmigungsverfahren von vor einem Jahr 48 Plätze für die Unterkunft Theodorstraße genehmigt wurden, derzeit aber nach Presseberichten 67 Jugendliche dort leben sollen.